

Fachbereich Polizei – Dekanat -

**Inhalte der Hochschulprüfung - vorausgesetztes Wissen**

# 

# Sehr geehrte Kollegin, sehr geehrter Kollege,

Sie bereiten sich derzeit auf die Hochschulprüfung im Rahmen des Auswahlverfahrens zum

verkürzten Aufstiegsstudium vor. In diesem Schreiben stellen wir Ihnen die Details zu den Inhalten in den einzelnen Fächern vor.

Die in der Prüfung relevanten Inhalte entsprechen dem, was Ihnen bereits in der Ausbildung zur Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt (mittlerer Dienst) vermittelt wurde.



Die Kenntnis der vorausgesetzten Inhalte der HSP ist unabdingbare Voraussetzung dafür, im Studium erfolgreich mitarbeiten zu können. Dies gilt auch dann, wenn Sie im Einzelfall bestimmte Inhalte in der Ausbildung nicht vermittelt bekommen oder diese nicht mehr präsent haben. Im Studium wird vorausgesetzt, dass diese Inhalte beherrscht werden.

Nähere Erläuterungen und Hinweise auf Literatur zum Selbststudium erhalten Sie von unseren Lehrkräften in den **Vorbereitungsworkshops**,die im September jeden Jahres online über den digitalen Konferenzraum BigBlueBotton (BBB) stattfinden. Zusätzlich findet einmalig ein sog. **„Klausuren-Training“** im Auditorium an der FHVD statt. Die genauen Termine und den Zugangslink finden Sie im Intrapol auf der Seite der FHVD. Bitte beachten Sie, dass eine Einwahl über LSK-Rechner nicht möglich ist.

Bitte melden Sie sich bei Betreten der online-Schulungsumgebung mit Ihren **Echtpersonalien** an.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Leiterin unserer Stabsstelle, Frau Ulrike Rauskolb, [rauskolb@fhvd-sh.de](mailto:rauskolb@fhvd-sh.de) .

## Vorausgesetzes Wissen für die Hochschulprüfung

## Strafrecht

1. Einteilung der Delikte

(Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte, Offizial- und Antragsdelikte, relative und absolute Antragsdelikte, Privatklagedelikte, Begehungs- und Unterlassungsdelikte)

### 2. Aufbau einer Fallprüfung

**Tatbestand:** Garantiewirkung, objektive Tatbestandsmerkmale/Kausalität und objektive

Zurechnung, subjektive Merkmale, objektive Bedingung der Strafbarkeit

**Rechtswidrigkeit:** Indizwirkung des Tatbestandes, Grundlagen der Rechtfertigungsgründe, insbesondere Notwehr und Nothilfe (§ 32 StGB), rechtfertigender Notstand (§ 34 StGB,

§§ 228 und 904 BGB), Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung, Festnahmerecht (§ 127 StPO)

**Schuld**: Schuldelemente, insbesondere Schuldfähigkeit (§§ 19, 20 StGB), Entschuldigungsgründe (§§ 33, 35 StGB)

1. Grundlagen der Versuchsstrafbarkeit (§§ 22, 23 StGB)
2. Anstiftung und Beihilfe (§§ 26 und 27 StGB), Grundlagen von Mittäterschaft und mittelbarer Täterschaft (§ 25 StGB)
3. Körperverletzungsdelikte

* Körperverletzung (§ 223 StGB)
* gefährliche Körperverletzung (§ 224 StGB)
* Misshandlung von Schutzbefohlenen (§ 225 StGB) und
* Beteiligung an einer Schlägerei (§ 231 StGB)

1. Straftaten gegen das Eigentum

* Diebstahl (§ 242 StGB) und besonders schwerer Fall des Diebstahls (243 StGB)
* Unterschlagung (§ 246 StGB)
* Haus- und Familiendiebstahl (§ 247 StGB)
* Diebstahl und Unterschlagung geringwertiger Sachen (§ 248a StGB)
* unbefugter Gebrauch eines Fahrzeugs (§ 248b StGB)
* Entziehung elektrischer Energie (§ 248c StGB)
* Sachbeschädigung, gemeinschädliche Sachbeschädigung (§§ 303, 304 StGB)
* Zerstörung von Bauwerken/Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel (§§ 305, 305a StGB)

1. Beleidigungsdelikte

* Beleidigung (§§ 185,192 StGB)
* Grundlagen von übler Nachrede (§ 186 StGB) und Verleumdung (§ 187 StGB)
* üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens (§ 188 StGB)
* Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener (§ 189 StGB)

1. Straftaten gegen die öffentliche Ordnung

* Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (§§ 113, 114, 115 StGB)
* Hausfriedensbruch (§§ 123, 124 StGB)

1. Freiheitsberaubung (§ 239 StGB)

1. Nötigung (§ 240 StGB)
2. Bedrohung (§ 241 StGB)

1. Nachstellung (§ 238 StGB)

1. Raubdelikte

* Grundlagen des Raubs und schweren Raubs (§§ 249, 250 StGB)
* Grundlagen der Erpressung und der räuberischen Erpressung (§§ 253, 255 StGB)
* Grundlagen des räuberischen Diebstahls (§ 252 StGB)

## Eingriffsrecht

1. Zuständigkeiten

* örtliche Zuständigkeit (§ 169 LVwG)
* Aufgabenzuweisungen und sachliche Zuständigkeiten im Gefahrenabwehrrecht (§§ 162 ff., 168 LVwG, § 44 StVO)
* Schutz privater Rechte (162 II i. V. m. § 168 I 3LVwG)
* Bedeutung der gefolgerten Zuständigkeit (Rückschlusstheorie)
* sachliche Zuständigkeit zur Erforschung von Straftaten (§ 163 StPO)
* sachliche Zuständigkeit zur Erforschung von Ordnungswidrigkeiten (§ 53 OWiG)

1. Befugnisse

* Allgemeine Aspekte (Subsidiarität, Bedeutung des § 46 OWiG)
* Feststellung der Identität (§ 181 LVwG, § 163b StPO)
* Befugnisgeneralklauseln (§§ 174, 176 LVwG, § 163 I Satz 2 StPO)
* Anhalte- und Sichtkontrollen, Prüfung von Berechtigungsscheinen (§§ 180, 182 LVwG)
* Platzverweisung, Aufenthaltsverbot, Wegweisung (§§ 201, 201a LVwG, Gewaltschutzgesetz)
* Eingriffe in die Freiheit der Person (§§ 204, 205 LVwG, FamFG, § 164 StPO, § 127 StPO, Haft- und Unterbringungsgründe)
* Durchsuchung von Personen und Sachen (§ 202, 206 LVwG, §§ 102, 103, 105 StPO)
* Sicherstellung und Beschlagnahme (§§ 210 ff. LVwG, §§ 94, 98, 111a StPO, § 69 StGB)
* Grundzüge der Datenverarbeitung (§§ 177, 178, 179, 191, 192, 193, 195 LVwG, §§ 98c, 161, 163, 474 ff. StPO)
* Erkennungsdienstliche Behandlung (§ 183 LVwG, § 81b StPO)
* Anhörung, Vernehmung und Befragung (§ 180 LVwG, §§ 163, 163a StPO)
* Alkotest und Blutprobenentnahme (§§ 163, 81a StPO)
* Sonder- und Wegerechte (§§ 35, 38 StVO)

1. Ermessen

(Entschließungs- und Auswahlermessen; Bedeutung des Legalitäts- und des

Opportunitätsprinzips)

1. Verantwortlichkeit

(§§ 217 ff. LVwG; Normadressat im Gefahrenabwehr- und Strafprozessrecht)

1. Amtshilfe im engeren und weiteren Sinne

(insbesondere Art. 35 GG, §§ 32 ff. LVwG, § 168 II LVwG, § 161 StPO, § 758 III ZPO, § 275 III LVwG, § 287 III AO)

1. Vollzugsrecht

* allgemeine Vollzugsvoraussetzungen
* sofortiger Vollzug (§ 230 LVwG)
* Vollzugsermächtigungen (insbesondere §§ 238, 239 LVwG)
* Besonderheiten beim Vollzug strafprozessualer Maßnahmen
* Ermächtigungsbegrenzende Normen zum unmittelbaren Zwang einschließlich der

Schusswaffengebrauchsbestimmungen (§ 250 ff. LVwG)

* Vollzugsermessen
* Vollzugsadressat

## Kriminalistik

1. Kriminalistische Beweislehre / Beweisformen (Personalbeweis / Sachbeweis)

2. Ziel, Bedeutung und Grundsätze des Ermittlungsverfahrens

* Ablauf und Beteiligte des Ermittlungs- und Strafverfahrens
* Funktion der Polizei als Ermittlungsorgan der Staatsanwaltschaft

3. Anzeige

* Bedeutung und Grundsätze der Anzeige für Polizei und Anzeigende
* Inhalt und unterschiedliche Formen der Anzeige
* Grundlagen des Strafantrages
* Grundzüge des Opferschutzes (z. B. Opferschutzmerkblatt), Täter-Opfer-Ausgleich

4. Tatortarbeit: Grundsätzliche Bedeutung und Abläufe des "Ersten Angriffs"

* Sicherungsangriff:

Anfahrt zum Tatort, Aufklärung und erste Maßnahmen bei Ankunft am Tatort, Schutz und Sicherung des Tatortes

* Auswertungsangriff:
* Erfassung des Tatortes, Dokumentationsmethoden, Suche und Sicherung von Spuren und Beweismitteln, erste Ermittlungen im Wahrnehmbarkeitsbereich
* Dokumentation der Tatortarbeit (Tatortbefundbericht)

1. Bedeutung der polizeilichen Vernehmung im Ermittlungsverfahren

* Statusbestimmung Zeuge / Beschuldigter und Belehrungspflichten
* Verbotene Vernehmungsmethoden

1. Bearbeitung der Jugendkriminalität

- Grundkenntnisse über die Unterschiede zwischen Jugend- und Erwachsenenkriminalität

und Jugend- und Erwachsenenstrafrecht (JGG, PDV 382)

- Grundlagen der Zusammenarbeit mit Eltern, Jugendbehörden, Staatsanwaltschaften,

Jugendgerichtshilfen, Schulen

- Grundkenntnisse der täterbezogenen Ermittlungsführung bei jugendlichen Intensivtätern

7. Gewaltkriminalität

* Erscheinungsformen
* Grundkenntnisse über die Ermittlungsführung
* Grundlegende Kenntnisse bei Wiedererkennungsverfahren am Beispiel der sequentiellen Lichtbildvorlage (SLV) und der Einsichtnahme in die Lichtbildvorzeigedatei (LVD)

8. Drogenkriminalität

* Organisation der Rauschgiftbekämpfung
* Grundkenntnisse über Methoden der Verdachts- und Informationsgewinnung und über die Ermittlungsführung
* Grundkenntnisse über die Vorbereitung und Durchführung von Durchsuchungen

## Kriminaltechnik

1. Bedeutung des Sachbeweises im Strafverfahren
2. Organisation der Dienststellen mit kriminaltechnischen Aufgaben, Zuständigkeiten und Abläufe in der täglichen Praxis
3. Nomenklatur gängiger Spurenbegriffe
4. Grundlagen zur Entstehung von Materialspuren, daktyloskopischen Spuren und Formspuren (Spuren von Hebelwerkzeugen, Schusswaffenspuren, Schuhspuren, Reifenspuren, Passspuren)
5. Verhalten am Tatort

- Gedankliche Rekonstruktion / Hypothesebildung

- Vermeidung von spurenveränderndem Verhalten („Trampelpfad“)

- selektive Spurensicherung

1. Grundlagen einfacher Spurensicherungsverfahren:

- fotografische Sicherung

- Verwendung von Rußpulver und Spurensicherungsfolie zur Sichtbarmachung und Sicherung

daktyloskopischer Spuren und Schuhspuren auf glatten Oberflächen

- Verwendung von Gelfolie zur Sicherung von Schuhabdruckspuren

- Dokumentation der Spurensuche in Berichtsform und auf Spurensicherungskarten

- Sicherung von Spurenträgern im Original, Verpackung und Versand

- Spurenerhaltende Maßnahmen am Tatort im Rahmen des Ersten Angriffs

- Bedeutung und Beschaffung von Vergleichsmaterial

1. Grundzüge der erkennungsdienstlichen Behandlung (Umfang erhobener Daten, Datenspeicherung)

## Ordnungswidrigkeitenrecht und Spezialgesetze

### 1. Ordnungswidrigkeitenrecht

- Grundlagen des Ordnungswidrigkeitenrechts

- Begriff der Ordnungswidrigkeit

- Regelungsgefüge des OWiG

- ausgewählte Bestimmungen des OWiG:

falsche Namensangabe (§ 111 OWiG), unzulässiger Lärm (§ 117 OWiG), Belästigung der Allgemeinheit (§ 118 OWiG)

### Betäubungsmittelrecht

- Bedeutung, Aufbau und Inhalt des BtmG

- Erlaubnisse und Pflichten

- allgemeine Begriffsbestimmungen:

Bedeutung und Inhalte der Anlagen I – III;

Abgrenzungen;

gängige Betäubungsmittel gem. Anlage I;

Mengendefinition

- Tatbestandsmerkmale und Tathandlungen

- Staffelung der Strafbarkeit auf der Grundlage der Tathandlungen und Mengendefinition:

Ordnungswidrigkeit, Vergehen, Verbrechen, Strafmilderungen/Strafbefreiungen

- Besondere Problemfälle:

Eigenbedarf – Richtlinie zu § 31a BtmG,

Strafbarkeit von Designerdrogen

### 3. Waffenrecht

- Bedeutung und Aufbau des Waffengesetzes:

Begriffsbestimmungen (§1 i. V. m. Anlage 1 WaffG), insbesondere Waffen- und Munitionsbegriffe, Definition „Umgang“, Grundsätze des Umgangs mit Waffen, insbesondere zum verbotenen und erlaubnisfreien Umgang

- allgemeine und persönliche Voraussetzungen:

Waffenbesitzkarte, Munitionserwebsschein, Waffenschein / sog. „kleiner Waffenschein“ ,

Europäischer Feuerwaffenpass, Schießerlaubnis, Alterserfordernis, Bedürfnis, Fach- und Sachkunde, Zuverlässigkeit

- Ausnahmen von den Erlaubnispflichten und Erlaubnisarten

- Normen von polizeipraktischer Bedeutung:

Fundwaffen (§ 37 WaffG), Ausweispflichten (§38 WaffG), Verbot des Führens von Waffen bei öffentlichen Veranstaltungen (§ 42 WaffG), Verbot des Führens von Anscheinswaffen und bestimmten tragbaren Gegenständen (§ 42a WaffG)

- Straf- und Bußgeldvorschriften (§§ 52, 52a und 53 WaffG), Einziehung (§ 54 WaffG)

4. Jugendschutzrecht

- Grundzüge des Jugendschutzrechts

- Bedeutung und Aufbau des JuSchG / Adressaten

- Wesentliche Verbotsnormen des JuSchG

- Strafbestimmungen

## VI. Verkehrsrecht

1. Öffentlicher Verkehrsraum

* Rechtlich öffentlicher Verkehrsraum
* Tatsächlich öffentlicher Verkehrsraum
* Ausdrückliche Zustimmung
* Stillschweigende Duldung
* Tatsächliche Nutzung

1. Allgemeine Definitionen / Adressaten

* Verkehrsteilnehmer (Fahrzeugführer, Halter von Fahrzeugen / Kraftfahrzeugen, Radfahrer, Fußgänger und andere)
* Fahrzeug, Kraftfahrzeug, Anhänger und andere

1. Wesentliche Verhaltensvorschriften der StVO einschließlich der Rechtsfolgen bei Zuwiderhandlungen
2. Zulassung von Fahrzeugen

- zulassungspflichtige Ausnahmen, Begriffsbestimmungen, amtliche Kennzeichen,

Versicherungskennzeichen (§§ 1-27 FZV, Rechtsfolgen)

- Kennzeichenmissbrauch (§ 22 StVG)

1. Zulassung von Personen / Fahrerlaubnisrecht

- Erlaubnispflicht, Klasseneinteilungen (§§ 1-6a, 73 ff FeV)

- Auflagen / Beschränkungen, Rechtsfolgen

- Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG)

1. Pflichtversicherungsrecht

- Grundsatz der Versicherungspflicht (§ 1 PflVersG)

- Ausnahmen (§§ 2 und 6 PflVersG)

- Kraftfahrzeugsteuerrecht (§§ 1,3, ggf. 5, 7 KfzStG)

1. Alkohol und Drogen im Straßenverkehr

- Bestimmungen des Verkehrsrechts (§§ 24a, 24c StVG)

- Bestimmungen des Strafrechts (§§ 316, 315c StGB)

## Psychologie

1. Grundlagen der Kommunikationspsychologie

* Nonverbale Kommunikation
* Kommunikationsmodell nach Schulz von Thun
* Beispiele für Kommunikationsstörungen
* Bedeutung des „aktiven Zuhörens“
* Problemansprache und „Ich-Botschaften“

1. Grundzüge von Lern- und Gedächtnisprozessen

* klassisches Konditionieren
* instrumentelles Lernen
* Modelllernen

3. Grundlagen der Emotionspsychologie

- Entstehung von Angst, Funktion von Angst, Angstformen, Umgang mit eigenen Ängsten

- Entstehung von Aggression, Aggressionsformen, Umgang mit eigenen Aggressionen

4. Grundlagen zu psychologischen Aspekten des Substanzmissbrauchs

- Definition von Sucht nach ICD 10

- Der Weg in die Sucht: Suchtentwicklungsmodell

- Co-Abhängigkeit

- Dienstvereinbarung Sucht/Alkoholerlass

- Hilfssysteme in der Polizei

## VIII. Einsatzlehre

1. Organisation der Landespolizei, wesentliche Zentralverfahren
2. Bedeutung der Eigensicherung

- Leitfaden 371

- Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte

- Theorie der Eigensicherung

- Einsatzmodell

Sicherheitskultur, Fehlerkultur, Routine

1. Eigensicherung anlässlich regelmäßig wiederkehrender polizeilicher Einzeldienstlagen, insbesondere

* Personenkontrolle
* Anhalten von Fahrzeugen
* Blutprobenentnahme
* Verkehrsunfallaufnahme
* Durchsuchung von Personen und mitgeführten Sachen.

## IX. Öffentliches Dienstrecht

1. Überblick über die Grundlagen des Beamtenrechts (Art. 33, 34, 74 GG, einfachgesetzliches Regelungsgefüge)
2. Überblick über die Beteiligungsrechte der Mitbestimmungsgremien

(Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung)

1. Überblick über ausgewählte beamtenrechtliche Kernpflichten sowie einschlägige Erlasslagen:

* Dienstleistungspflicht, Fernbleiben vom Dienst, Verhalten bei Erkrankungen (§§ 34 S. 1 BeamtStG, 67 LBG)
* Allgemeine Wohlverhaltenspflichten (§ 34 S. 3 BeamtStG)
* Pflicht zur Gesunderhaltung, u.a. Alkohol, Drogen (§ 34 S. 1 BeamtStG)
* Verschwiegenheitspflicht (§§ 37 BeamtStG, 46 LBG)
* Pflicht zur Uneigennützigkeit / Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken und sonstigen Vorteilen (§§ 34 S. 2, 42 BeamtStG, 49 LBG)
* Nebentätigkeiten (§§ 40, 41 BeamtStG, 70 – 79 LBG)

1. Grundkenntnisse über die Sonderbestimmungen für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte (Abschnitt X LBG)